

# **(Mehr) Macht für die EU (?)**

---

**Prof. Dr. Ulrich Brasche**  
**Volkswirtschaftslehre / Europäische Integration**

**TH Brandenburg**

## **Überblick**

---

### **Teil 1**

#### **Ist die EU demokratisch verfasst?**

- Macht und Demokratie**
  - Modell: Nationalstaat
  - Entscheidungen in der EU (Institutionen)
- Demokratie-Defizit der EU ?**

### **Teil 2**

#### **Tut die EU, was sie tun soll?**

#### **Darf die EU das tun, was sie macht?**

- Kooperation zwischen Mitgliedsstaaten der EU**
  - Kriterien (SOLL)
  - Europäische Verträge (IST)
- Bewertung an Beispielen**

## Teil 1: Macht und Demokratie

---

**Nationalstaat  
Europäische Union**

(C) Ulrich Brasche

3

## Nationalstaat und Demokratie

---

### □ Nationalstaat und Identität

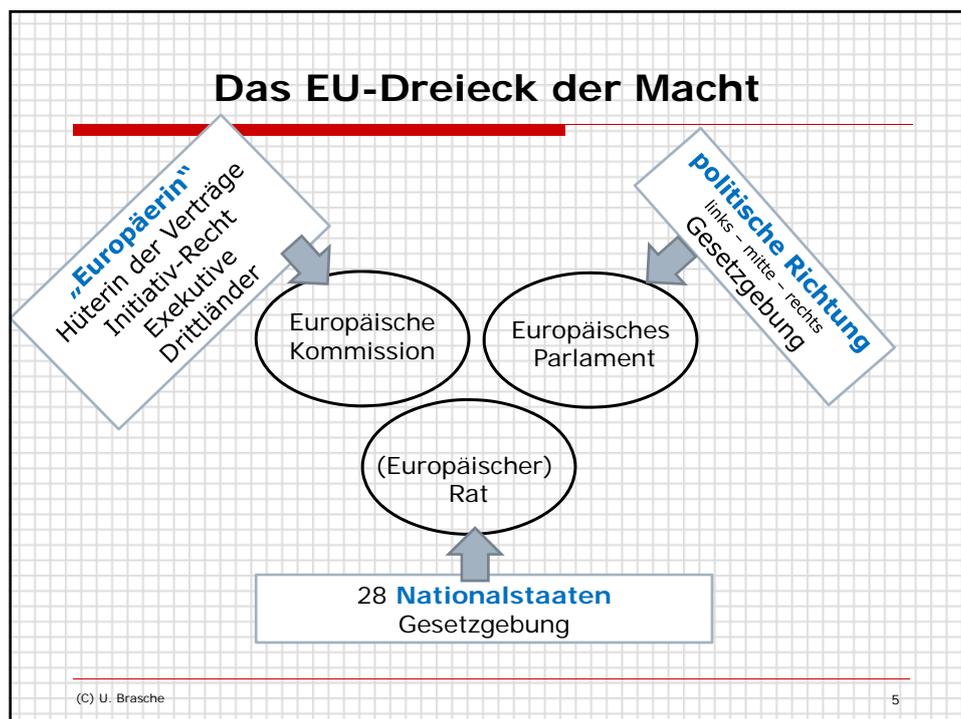
- Identität, „Wir“
  - Volk / Demos → Loyalität, Solidarität
    - Sozialer Zusammenhalt
    - Gemeinsame Geschichte / Bestimmung
    - Kollektive Selbst-Identität
- „Wir“ als Abgrenzung gegen „die Anderen“

### □ Demokratisch legitimierte Delegation von Macht

- Konzepte von Demokratie (Beetham, 1991; Scharpf, 1999)
  - Legitimierung durch Verfahren (input)
    - freie und faire Wahlen
    - Unterlegene Minderheit vertraut der Mehrheit
  - Legitimierung durch Ergebnisse (output)
    - Wohlergehen der Regierten steigt
    - (Grundlegende) Erwartungen werden erfüllt
- Kontrolle von Macht: Gewaltenteilung und Wahlen

(C) U. Brasche

4



### Aufgabe für Studierende

---

## Ist die EU demokratisch verfasst?

**Nutzen Sie die oben dargestellten Kriterien!**

(C) Ulrich Brasche 6

## Demokratie-Defizit der EU

Besteht	besteht nicht
Mangel an Gewaltenteilung: Legislative-Exekutive-Judikative (Volk-Parlament-Regierung-Gerichte)	Checks and balances: Ermächtigung durch EU-V, kein Budget, QMV, Rat stark; EuGH, RechHof
invertierter Regionalismus	
Kein EU-Volk (EP) keine EU-Öffentlichkeit	EU-Wir-Gefühl steigt
Krisen-Reaktionen OHNE die EU-Völker zu fragen (Vergemeinschaftung von Risiken; starke EURO-Gruppe, EZB- Wandlung)	Gewählte Regierungsvertreter handeln
© Brasche	

(C) Ulrich Brasche

7

## Teil 2: Kooperation und Arbeitsteilung in der EU

„Tut die EU, was sie tun soll?  
Darf die EU das tun, was sie macht?“

**Konzepte und Kriterien (SOLL)**  
**Kompetenzen (IST)**

(C) Ulrich Brasche

8

## Zuweisung von Kompetenzen an die EU

---

- **Was sollte auf welcher Ebene geregelt werden?**
  - Zuständige Ebene
    - Lokal
    - National
    - Supra-national / EU
  - Was wird **tatsächlich** von der EU geregelt?
  
- **Wie wird Zuständigkeit verteilt**
  - Ermächtigung der EU durch Verträge (Primärrecht)
    - Methode Monnet
    - Bereitschaft zum Macht-Transfer „nicht-rational“
  - Europäische Gesetze (Sekundärrecht) nur
    - auf der Basis des Primärrechts
    - mit nationaler Kontrolle (Rat) erlassen
  - Keine „Ermächtigungsermächtigung“
  - EU „mit gebundenen Händen“

(C) U. Brasche

9

## Zusammenspiel von Nationalstaaten und EU

---

- **Entscheidungsebenen**
  - Inter-gouvernemental
    - Vertrag zwischen Regierungen
    - Rat entscheidet (incl. Ratifizierung)
  - Gemeinschaftsmethode (**Föderalismus**)
    - Endgültige Abgabe der Macht an die EU (supra-national)
    - EU-Kommission als Exekutive
  
- **Bremse gegen Zentralisierung**
  - Subsidiarität
    - So lokal wie möglich – so zentral wie nötig
  - Nationale Parlamente
    - „Gelbe Karte“ (Subsidiaritätsrüge bei neuen EU-Gesetzen)

(C) U. Brasche

10

## Zuordnung von Kompetenzen: Nationalstaat - EU

### „Objektive“ ökonomische und politische Kriterien

Nationale, lokale Zuständigkeit	Zentrale (EU) Zuständigkeit
Lokale Präferenzen Informationsasymmetrie Demokratische Kontrolle	Größenvorteile Gemeinschaftsgut Grenzüberschreitende Wirkungen Abfedern von lokalen Schocks Politikversagen, Trittbrettfahren
© Brasche 2016 nach Wyplosz 2015	

(C) Ulrich Brasche

11

## Was sollte **national / lokal** geregelt werden?

(Baldwin/Wyplosz)

### Vielfalt und Informationsvorteil

- Präferenzen sind lokal / national unterschiedlich
  - DK: Verteidigung
  - UK: Sozialpolitik
- Bedürfnisse am besten lokal / national bekannt
  - Kein „one-size-fits-none“

### Demokratische Kontrolle

- Die Stimme des Wählers wirkt lokal / national direkter
- In EU-weiter Abstimmung wird jede Stimme „verwässert“

(C) Brasche

12

## Was sollte **zentral** geregelt werden? (1)

(Baldwin/Wyplosz)

- **Skalenerträge („In großem Rahmen effizienter“)**
  - Infrastruktur, Militär, Grundlagenforschung, Außenpolitik, globale Ressourcensicherung, Terrorabwehr, etc.)
  - Einheitlicher Rechtsrahmen
    - geringere Transaktionskosten (z.B. Verbraucherrecht, Normen und Standards)
  - Mehr Gewicht nach „außen“ (WTO, globale Energieressourcen, globale Regulierung, etc.)

## Was sollte **zentral** geregelt werden? (2)

(Baldwin/Wyplosz)

- **Gemeinschaftsgut**
  - Nutzbarkeit nimmt durch große Zahl an Nutzern nicht ab und
  - keiner kann von der Nutzung ausgeschlossen werden
  - Beispiele
    - Militär,
    - Binnenmarkt,
    - Konjunktursteuerung,
    - Terrorabwehr,
    - Währung,
    - Frieden bei den Nachbarn, etc.

### Was sollte **zentral** geregelt werden? (3)

(Baldwin/Wyplosz)

- **Grenzüberschreitende Wirkungen (+, -)**
  - Wirtschaftlich bedeutend, aber nicht über Marktausgleich erfasst
    - Umweltschutz,
    - Infrastruktur (z.B. Transportnetze)
    - Einwanderung,
    - Flugsicherung,
    - Kriminalitätsbekämpfung,
    - „Ansteckung“ bei Finanzkrisen, etc.
  - „Unfairer“ Wettbewerb (Sozialstandards, Besteuerung, Subventionen, Protektion, ...)

### Was sollte **zentral** geregelt werden? (4)

(Baldwin/Wyplosz)

- **Asymmetrische (lokale) Schocks**
  - besser durch eine größere Gemeinschaft abgedeckt
  - Versicherungsmodell
  - Beispiele
    - Bankenzusammenbrüche,
    - Naturkatastrophen,
    - Zuwanderungswellen, etc.
- **Politikversagen und „Trittbrettfahren“**
  - Ein Land handelt egoistisch (Unterlassen)
  - Nimmt den Nutzen des Handelns anderer Länder in Anspruch
  - Beispiele
    - Finanzierung von Flüchtlingslagern

→ „Europäischer Mehrwert“ als Rechtfertigung für EU-Beteiligung

## Tatsächliche Zuständigkeiten (Auszug)

### □ National

- Fiskalpolitik (Steuern, Staatsausgaben)
- Sozialpolitik (Gesundheit, Rente, Alo.)
- Beschäftigungs- und Konjunkturpolitik
- Bildung, Forschung, Innovation
- Polizei, Justiz
- Außenpolitik, Militär

### □ EU

- Binnenmarkt (Güter, Dienste, Arbeit, Kapital)
- Geld- und Währungspolitik
- Wettbewerbspolitik
- Handelspolitik und Verträge mit Drittländern

## Aufgabe für Studierende

**Ist die Aufgabenverteilung zwischen Nationalstaat und EU „richtig“ ?**

**Anwendungsfelder, z.B. Wirtschaftspolitik, Steuersystem, Sozialpolitik, Flüchtlingspolitik, ...**

**Nutzen Sie diese Kriterien!**

Nationale, lokale Zuständigkeit	Zentrale (EU) Zuständigkeit
Lokale Präferenzen Informationsasymmetrie Demokratische Kontrolle	Größenvorteile Gemeinschaftsgut Grenzüberschreitende Wirkungen Abfedern von lokalen Schocks Politikversagen, Trittbrettfahren
© Brasche 2016 nach Wyplosz 2015	